

Treibstoff bis zu 45 Cent teurer

Beschwerde von „Mobil ohne Fossil“ gegen Steuer für Pflanzenöl

VON BRIGITTE GRETSCHMANN

Weilheim - In der Aufregung um die Fußball-WM ist es fast untergegangen, dass der Bundestag ein neues Energiesteuergesetz verabschiedet hat. Dieses stimmt den Verein „Mobil ohne Fossil“ alles andere als freudig, wird doch die Steuerbegünstigung der Treibstoffe Pflanzenöl und Biodiesel von 2006 bis 2012 stufenweise abgebaut. „Mobil ohne Fossil“ will nun Verfassungsbeschwerde dagegen einlegen

Für 74 Cent ist der Liter Rapsöl an der Pflanzenöltankstelle in Oderding der

zeit zu haben, der Liter Diesel schlägt im benachbarten Weilheim derweil mit 1,15 Euro zu Buche. Nach rund 50 000 Kilometer rechnet sich in der Regel die Umrüstung der Fahrzeuge.

Marcus Kümmerle, Chef des „Pollinger Plegedienst“, schien es deswegen durchaus reizvoll, seine zwölf Autos Zug um Zug auf Pflanzenöl umzurüsten. Ein erster „Pollo“ läuft bereits mit diesem nachwachsenden Treibstoff. Nächstes Jahre sollten drei weitere Pflanzenölfahrzeuge folgen. Doch aufgrund der neuen Gesetzeslage ist dies fraglich, Kümmerle muss erst prüfen, „ob sich das

noch rechnet“. In einem Brief an Bundesumweltminister Siegmund Gabriel gibt er seinem Unmut Ausdruck: Einen Markt wie den für Pflanzenöl zu eliminieren, ehe er die Chance gehabt habe, sich zu entwickeln, „das grenzt in meinen Augen an Unklugkeit“.

Nach Einschätzung von Marcus Reichenberg von „Mobil ohne Fossil“ wird der Markt „der biogenen Kraftstoffe bis zum Jahr 2012 zu Grabe getragen“, erreicht die Pflanzenölsteuer bis dahin doch mit 45 Cent pro Liter ihren Höchstbetrag. Durchsetzen konnte sich – „wie fast nicht anders

zu erwarten“ - die Lobby der Autoindustrie. Für Reichenberg ist die neu beschlossene Besteuerung eine Ungleichbehandlung, denn Pflanzenölfahrzeuge müssen wie Erdgas- und Flüssiggasfahrzeuge umgerüstet werden, Erdgas und Flüssiggas bleiben bis 2018 aber steuerbegünstigt.

Für Reichenberg gibt es jetzt nur einen Weg, den der Verfassungsbeschwerde. Dazu mobilisiert er im Internet derzeit Unterstützer. Denn „die irrsinnige Gesetzgebung“ habe auch wirtschaftliche Folgen: für die die Rohstoffe produzierenden Bauern wie die Umrüstfirmen.